

Antrag zur Vorlage Nr. 50/2010 / AZ. 655.0

Der Gemeinderat unterstützt die Verwaltung in ihrem Bemühen, eine für die Bürger Althengstetts und aller betroffenen Gemeinden tragbare Lösung zur Sanierung der ehemaligen Mülldeponie Fuchsklinge/Tälesbach herbeizuführen. Insbesondere fordert der Gemeinderat:

- **Alle möglichen Wege zur Sanierung der ehemaligen Deponie im Hinblick auf Folgen für die Menschen in den betroffenen Gemeinden, die Ökologie und die Kosten ernsthaft zu prüfen und alle Alternativen einem Kosten-Nutzen-Vergleich mit belastbaren Daten zu unterziehen**
- **Dabei auch die Möglichkeit, die Deponie durch Entnahme und Entsorgung der Altlasten zu sanieren, in Betracht zu ziehen**
- **Falls sich die Verfüllung als einzige mögliche Sanierungsmaßnahme ergibt die Schienenlösung ernsthaft zu prüfen**
- **Bei der Entscheidung für eine Sanierungsmassnahme nicht nur Kosten, sondern zumindest ebenbürtig die Belastungen der Menschen in den betroffenen Gemeinden sowie ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen**
- **Eventuelle Möglichkeiten von Gewinnen für die Stadt Calw durch Deponiegebühren bei der Entscheidung für eine Sanierungsmaßnahme unberücksichtigt zu lassen.**
- **Die Deutsche Bahn als Mitverantwortlicher der Situation zur Sanierung voll mit heranzuziehen.**

Begründung

Die Sanierung der ehemaligen Deponie Fuchsklinge wurde notwendig, da der in früheren Jahren eingebrachte Müll ins Rutschen geraten ist und mittelfristig eine Gefahr für Hirsau und das Nagoldtal darstellt. Diese Gefahr, die von der ehemaligen Deponie ausgeht, wurde von den Betreibern (Stadt Calw und Deutsche Bahn) verursacht. Diese sind für die Sanierung in erster Linie in die Pflicht zu nehmen. Derzeit wird von ihnen geplant, die ehemalige Deponie durch Verfüllung mit Erdmaterial zu stabilisieren.

Welche Schadstoffe in der Deponie eingelagert sind, ist zurzeit unbekannt. Wir fordern daher das Landratsamt Calw auf, mitzuteilen, ob eine Zuschüttung der Deponie Fuchsklinge ausreichend ist oder ob eine Entnahme und sachgerechte Entsorgung der Altlasten aus der Deponie, auch im Hinblick auf spätere Gewässerverunreinigungen, geboten erscheint. Wir fordern vom Landratsamt und den Sanierungspflichtigen, auch diese Alternative für die Sanierung ernsthaft zu prüfen.

Sollte die Entnahme der Altlasten aus der Deponie nicht möglich sein und ihre Befestigung durch Verfüllung mit Erdmaterial der einzige Weg zur Sanierung bleiben, so werden dafür nach einer Pressemitteilung des Landratsamtes 500.000 Kubikmeter Erdmaterial zur Verfüllung benötigt. Die Planungen der Stadt Calw sehen aber 1.2 Millionen Kubikmeter vor. Die übrigen geplanten 700.000 Kubikmeter nimmt die Stadt Calw als Deponiebetreiber ab und erzielt durch die Deponiegebühren enorme Gewinne. Wir lehnen es daher ausdrücklich ab, dass die Stadt Calw zu Lasten der Bürger der Gemeinde Althengstett ihren Haushalt saniert.

Der Gemeinderat Althengstett missbilligt das bisherige Vorgehen der Sanierungspflichtigen und fordert von den Beteiligten eine Berücksichtigung der Interessen Althengstetts beim geplanten Antransport von Erdmaterial.

Die Verfüllung der ehemaligen Deponie mit 1.2. Millionen Kubikmeter bedeutet über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren eine tägliche Anzahl von 50 LKW und damit 100 Fahrten, 50 beladene Hinfahrten und 50 entladene Rückfahrten.

Der Großteil des Erdmaterials dürfte aus dem Raum Stuttgart zu erwarten sein und dies ist geografisch bedingt zwangsläufig mit einer An- und Abfahrt über die Gemarkung der Gemeinde Althengstett verbunden. Bei einer Anfahrt über die L179/ Neuhengstetter Mühle würde eine weitere, nicht mehr hinnehmbare Lärmbelästigung für unsere Neuhengstetter Bürger entstehen. Bei einer Anlieferung über die Waldstrasse Fuchsklinge würden unsere ortsansässigen Gewerbetreibenden über Gebühr belastet, der Kreuzungsverkehr in die B 295 gefährdet und zudem das Naherholungsgebiet „Unterer Wald“ auf Jahre hinweg nachhaltig geschädigt. Dies sowohl durch die Abgase der LKW, als auch durch den erforderlichen Ausbau/ Befestigung der Waldstrasse für Schwertransporte mit LKW. Der Gemeinderat lehnt beide Varianten als unzumutbar für unsere Bürger ab.

Wir fordern daher von den Sanierungspflichtigen, der Stadt Calw und der Deutschen Bahn, sowie dem Landratsamt Calw als zuständige Behörde für die Sanierungsmaßnahme und den Schienenausbau, zu prüfen, ob eine Anlieferung des benötigten Erdmaterials statt mit LKW auch auf der Schiene möglich ist und eine entsprechende vergleichende Kostenaufstellung dem Gemeinderat Althengstett vorzulegen.

Die Deutsche Bahn als Mitverursacherin der Schwierigkeiten muss voll in die Pflicht genommen werden. Insbesondere kann es nicht sein, dass die DB, sollte die Verfüllungsvariante über die Schiene gewählt werden, sich über die Frachtraten die Kosten wieder hereinholt oder sogar Gewinne erzielt. Hier sind lediglich die reinen Eigenkosten der DB in Rechnung zu stellen.

Für das Projekt Sanierung Fuchsklinge muss die Chance genutzt werden, den Schienenausbau voranzutreiben und Vorabinvestitionen in Hinblick auf eine weitere Nutzung des Schienennetzes für den S-Bahnanschluss Calw-Stuttgart zu tätigen.

Sollte aus Kostengründen schließlich doch eine Anlieferung mit LKW erfolgen müssen, fordern wir auf Kosten der Sanierungspflichtigen geeignete Maßnahmen zum Schutz unserer Althengstetter Bürger. Wir erwarten die Errichtung ausreichender Lärmschutzmaßnahmen und einen angemessenen Ausgleich für den der Gemeinde Althengstett entstehenden Schaden.

Der Gemeinderat Althengstett ist grundsätzlich bereit, den Sanierungspflichtigen den ökonomisch und ökologisch sinnvollsten Weg zur Sanierung der Deponie Fuchsklinge zu ermöglichen und ist an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadt Calw und der DB interessiert. Wir erwarten aber auch ein angemessenes Maß an Entgegenkommen und Rücksicht. Sollten sich die Sanierungspflichtigen dazu nicht in der Lage sehen, wird der Gemeinderat alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Schaden von seinen Bürgern abzuwenden. Dies schließt auch die Möglichkeit ein, den Teil der Waldstraße durch die Fuchsklinge, der auf der Gemarkung der Gemeinde Althengstett liegt, umzuwidmen und für den Autoverkehr zu sperren.

Die Gemeinderäte von Althengstett